

# Eduardo Frei – Eine Alternative zu Fidel Castro?

## Wirtschaftliche und soziale Aspekte des chilenischen Regierungsprogramms

Prof. Dr. Franz-Josef Hinkelammert, Santiago de Chile

Nach den Parlamentswahlen in Chile vom 7. März 1965, die mit einer überwältigenden Mehrheit für die Partei des christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei endeten, ist Chile wie schon einmal nach dem 4. September 1964, als Frei die Präsidentschaftswahlen gewann, in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Frei, dessen Programm sich zwar christdemokratisch nennt, das aber Züge aufweist, die in Europa als „links“ angesehen würden, besitzt die Zustimmung eines überwiegenden Teiles der Bevölkerung seines Landes und kann dementsprechend mit voller Kraft an die Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Reformen herangehen, die, sollten sie gelingen, Chile zu einem Gegengewicht zu dem an Ausstrahlungskraft noch immer starken Kuba Fidel Castros werden lassen könnten.

Die christdemokratische Partei Chiles ist in ihrem Kern eine bürgerliche Partei, die sich von den traditionellen bürgerlichen Parteien Chiles vor allem dadurch unterscheidet, daß sie — wenn man einmal dieses Wort benutzen will — industrialisierungsbewußt ist. Ihr Ziel ist, das Land, das wirtschaftlich und sozial zurückgeblieben ist, zu entwickeln. Zum Unterschied von den traditionellen bürgerlichen Parteien aber weiß sie, daß diese Aktivierung nicht einfach eine Angelegenheit des Kapitals und der Investitionen ist, sondern die soziale Integration der übrigen Volksgruppen, vor allem der Arbeiter- und Bauernschaft, voraussetzt. Sie hat sich daher mit ihrem Programm an diese Volksgruppe gewandt, und es ist ihr dadurch gelungen, eine Volkspartei zu werden. Mit diesem Ansatz ist sie zur größten Massenpartei Chiles geworden, größer als die kommunistische oder die sozialistische Partei. Sie entstand gleichzeitig in einem Moment, in dem erstmals moderne Massenparteien das politische Bild Chiles bestimmten. Man erkennt dies schon an der Entwicklung der Wählerzahl, die der demographischen Explosion Lateinamerikas ähnlich ist. Sie erfolgte aber wesentlich schneller, und ständig wurden neue Volkskreise in den Wahlprozeß hineingezogen. In den letzten drei Präsidentschaftswahlen können wir jedesmal eine Verdoppelung der Wählerzahlen feststellen, in der letzten fast eine Verdreifachung. Parallel dazu entwickelte sich die Wahlfreiheit. Zunehmend sind Wahlbestechung und Wahlzwang fortgefallen, die früher geradezu entscheidend waren für den Ausgang von Präsidentschaftswahlen.

Die traditionellen Parteien waren dieser Entwicklung nicht gewachsen. Sie sind Honoratiorenparteien, die ihre Bedeutung nur bewahren konnten, solange das Bürgertum in der Wahl praktisch unter sich war. Diese Bedeutung ging verloren, als sich die Wahlen in Massenwahlen verwandelten. Die Auseinandersetzung zwischen den Christdemokraten und der traditionellen Rechten sollte daher nicht einfach als ein beliebiges Intrigenspiel verstanden werden. Es handelt sich um mehr, nämlich um den Sieg einer entstehenden Massenpartei über die traditionellen Honoratiorenparteien.

Ein interessantes Beispiel für diese Wandlung kann die konservative Partei abgeben. Traditionell vertritt sie die Interessen des Großgrundbesitzes. Solange die Möglichkeit des Wahlzuges auf dem Land groß war, setzte sich ihre Wählerzahl vor allem aus Landarbeitern und Kleinbauern zusammen, die sie natürlich nicht vertrat. Mit der modernen Entwicklung sank daher ihre Bedeutung auf dem Land fast völlig, und die Vertretung der Landarbeiter und Bauern teilt sich heute zwischen der Volksfront und den Christdemokraten.

Eine ähnliche Entwicklung setzte überall ein. Erste Schritte dazu stellten die demagogischen Sammlungsbewegungen rein personalistischer Art dar, die sich um einen „Caudillo“ gruppierten und mit dem Verschwinden dieses Volksführers wieder untergingen. Aber die heutigen Massenparteien der Volksfront und der Christdemokraten sind nicht mehr Sammlungsbewegungen dieser Art, sondern strukturierte Parteien, die sich um ein Programm herum bilden und nicht mehr im gleichen Maße von Führerpersönlichkeiten abhängig sind. Diese Entwicklung ist inzwischen in Chile weiter fortgeschritten als in irgendeinem anderen lateinamerikanischen Land.

Das Programm einer solchen Massenpartei ist natürlicherweise anders als das Programm von Honoratiorenparteien, die lediglich eine einzelne Volksschicht gegenüber anderen Volksschichten vertreten. Die Honoratiorenpartei behandelt das Volk als Objekt, für das man etwas tun muß. Und die traditionellen Parteien haben in diesem Sinne sicher für das Volk mehr getan, als man in der chilenischen Öffentlichkeit heute zuzugestehen geneigt ist. Aber sie haben gerade dort versagt, wo es darum gegangen wäre, das Volk zum Subjekt werden zu lassen.

### DIE HAUPTZIELE DES REGIERUNGSPROGRAMMS

Das Regierungsprogramm der christdemokratischen Partei setzt sich zum Ziele, eine Integration aller Bevölkerungsgruppen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu erreichen. Um verständ-

lich zu machen, was man unter dieser Art Integration versteht, ist es erforderlich, die Hauptmerkmale dieses Programms zu analysieren.

Das Regierungsprogramm ist ein Programm der Entwicklung und der Industrialisierung. Aber es sieht das Problem der Entwicklung unter dem Aspekt der Notwendigkeit, alle chilenischen Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Daher stehen seine sozialen Ziele im Vordergrund — soziale Ziele im weitesten Sinne des Wortes verstanden. Es soll eine Gesellschaftsstruktur geschaffen werden, in der vor allem die heute ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen ihren Willen zum Ausdruck bringen können und daher die Leistungen, die zu ihren Gunsten erbracht werden, Antworten auf eine Willensäußerung sind und nicht Geschenke von Staats wegen. Dies soll in den Elendsvierteln geschehen, wo Selbstverwaltungen notwendig sind, die die Erfordernisse ihrer Viertel nicht nur vor den Staatsorganen und in der Öffentlichkeit vertreten, sondern die auch zur Mitarbeit herangezogen werden können.

Ähnliches gilt für das Gebiet der Lohnpolitik, wo durch die Gewährung der lange unterdrückten Gewerkschaftsfreiheit eine Verlagerung der Lohnpolitik vom Staat auf die sozialen Gruppen vorgenommen werden soll. Das gleiche soll auf dem Land geschehen, wo ein durch die Agrarreform zu schaffendes selbständiges Bauerntum seine Ausdrucksmöglichkeiten finden soll in einem starken Genossenschaftswesen und selbständigen Bauernverbänden. All diesen Reformen soll als Basis eine Erneuerung des gesamten Erziehungswesens dienen. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen stellt das dar, was man in Chile die Ergänzung der formalen Demokratie durch die reale Demokratie nennt, der eigentliche Inhalt der Revolution in Freiheit.

Sie soll dann die Grundlage geben für ein ehrgeiziges Wirtschaftsprogramm und begleitet werden von einer generellen Reform des Finanz- und Steuersystems, die Chile auf den Weg eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums in relativer sozialer Harmonie bringen soll.

In den Städten ist die Lösung des Problems der Elendsviertel am dringendsten. Diese Elendsviertel ziehen sich in einem endlosen Gürtel um den Stadtkern aller großen Städte Chiles. Das Lebensniveau in diesen Vierteln ist unvorstellbar niedrig. Sie sind in ihrer Mehrzahl in den letzten 20 Jahren als Ergebnis der Bevölkerungsexplosion und der Abwanderung vom Land entstanden. Sie werden bewohnt von Personen, die gewöhnlich ein sehr niedriges Ausbildungsniveau haben und daher nur zu den einfachsten Hilfsarbeiten fähig sind. Da die Wirtschaft nicht fähig war, diese Arbeitermassen aufzunehmen, sind viele von ihnen mit Gelegenheitsarbeiten beschäftigt, andere sogar völlig ohne Arbeit. Bei dem Fehlen jeder Sozialunterstützung und den niedrigen Löhnen bedeutet dies eine Lebensführung häufig unter dem physischen Existenzminimum. Es fehlen einfachste hygienische Voraussetzungen und medizinische Betreu-

ung. Häufig haben diese Elendsviertel kein Wasser, keine Elektrizität, keine Müllabfuhr, keine Pflasterung und daher auch keine Verkehrsverbindung.

Die Anzahl der zu lösenden elementaren Aufgaben ist hier beträchtlich. In vielen dieser Viertel haben sich kleine Selbstverwaltungskörperschaften gebildet, Nachbarschaftsräte (Juntas de Vecinos), die aus Wahlen ganz informeller Art entstehen und die zur Organisation von Selbsthilfefaktionen und zur Vertretung gegenüber den Kommunen dienen sollen. Aber sie bleiben weitgehend ineffizient, weil sie von den Kommunen nicht anerkannt werden und in all ihren Schritten gehemmt wurden. Man sieht daher vor, diese Nachbarschaftsräte als Teil der kommunalen Selbstverwaltung formell anzuerkennen, soweit sie bereits existieren, und sie zu schaffen, soweit sie fehlen. Sie sollen damit zur kleinsten Einheit der kommunalen Selbstverwaltung werden. Unter ihrer Beteiligung und mit ihrer Initiative soll dann ein Programm der Slumbereinigung durchgeführt werden. Zentren dafür sollen noch zu gründende Sozialzentren (Centros Sociales) sein, in denen Versammlungsräume für die Nachbarschaftsräte, Polikliniken, Sozialberatung und Erwachsenenbildungsprogramme zusammengefaßt werden.

Parallel dazu soll eine starke Aktivität zum Ausbau der Infrastruktur dieser Viertel und zum Wohnungsbau beginnen. Das Gesamtziel ist, insgesamt 600 000 Wohnungen in Freis Regierungszeit (6 Jahre) zu bauen. Dies bedeutet eine große Steigerung des bisherigen Wohnungsbauprogramms, das in der vergangenen Regierungsperiode zum Bau von etwa 200 000 Wohnungen führte. Die Christdemokraten kritisieren an diesem Programm, daß es hauptsächlich zum Bau von Wohnungen für die besser verdienenden Schichten führte und daher relativ viel zu teure Einheiten gebaut wurden. Hiermit begründen sie u. a. auch die Möglichkeit, eine solch große Steigerung der Zahl der produzierten Einheiten wirtschaftlich durchsetzen zu können.

#### **DIE POLITIK DER SOZIALEN INTEGRATION (PROMOCIÓN POPULAR)**

Damit ein solches Programm der Beseitigung von Elendsvierteln nachhaltige Wirkung hat, muß es von einem wirtschaftlichen Aufschwung begleitet werden, der den betroffenen Bevölkerungsschichten stabile Einkommen und damit die Möglichkeit gibt, die Wohnungskosten auch zu tragen und Abzahlungsverpflichtungen für den Kauf einer Wohnung einzugehen. Daher muß die Situation des Arbeiters auch von der Einkommenseite her gesichert werden. Es geht dabei nicht so sehr um Einkommenserhöhungen genereller Art, als um die Sicherung der Einkommen und um die Schaffung von sozialen Kanälen zur Fixierung der Einkommen.

Das Ziel des Regierungsprogramms ist, die Entwicklung der Realeinkommen an den Index der Arbeitsproduktivität zu binden. Man will aber von der bis-

herigen Methode der Einkommensfixierung abgehen. Bisher war das Hauptmittel die Fixierung von gesetzlichen Mindesteinkommen durch den Staat. Der Staat setzte für die Arbeiter einen Mindestlohn, für die Angestellten ein Mindestgehalt fest. Diese Aufgabe der Einkommensfixierung soll an die Wirtschaftspartner direkt übergeben werden. Dafür ist es nötig, allgemeine Gewerkschaftsfreiheit zu geben. Auf dem Lande herrscht bisher praktisch ein völliges Verbot des Gewerkschaftswesens, und die „Gewerkschaften“, die in der Industrie existieren, sind im Grunde Betriebsräte, denen eine überbetriebliche Organisation verboten ist und die auf Betriebsebene eine Aufgabe in der Lohnpolitik haben. Eine legale nationale Gewerkschaftszentrale oder eine überbetriebliche gewerkschaftliche Lohnpolitik gibt es daher nicht.

Das Ziel des Programms ist daher, die Lohnpolitik den Sozialpartnern zu übergeben, wobei sich allerdings der Staat eine starke Position bei der Schlichtung von Lohnstreitigkeiten vorbehält. Ebenfalls ist es Ziel des Programms, die im chilenischen Lohnsystem enthaltene Diskriminierung des Arbeiters gegenüber dem Angestellten zu beseitigen und dadurch ein Krebsübel der chilenischen Arbeitsverfassung zu beseitigen, das ein wesentliches Hindernis für jede wirtschaftliche Entwicklung ist. Die Mindesteinkommen, die der Staat fixierte, unterscheiden streng zwischen Arbeitern und Angestellten und gestanden dem Angestellten ein etwa doppelt so hohes Mindesteinkommen zu wie dem Arbeiter. Darin reflektiert sich die völlige Unterbewertung der körperlichen Arbeit. Der ungelernete Arbeiter, der sich oder seinen Kindern ein Fortkommen sichern will, denkt daher nicht daran, Facharbeiter zu werden.

Da aber die Berufsausbildung und die Anlernung von Facharbeitern ein wesentliches Erfordernis der Wirtschaftsentwicklung ist, ist es einfach notwendig, die Mindereinschätzung der körperlichen Arbeit zu beseitigen, eine Aufstiegsmöglichkeit für Arbeiter zu schaffen und damit der verheerenden Tendenz zu Angestelltenberufen und damit zur Aufblähung der Bürokratie entgegenzuwirken.

Zu diesen Reformen, die hauptsächlich die sozialen Verhältnisse in der Stadt betreffen, tritt die Veränderung der sozialen Strukturen auf dem Land durch die Agrarreform. Angesichts der Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors für die Wirtschaft Chiles wird von einem Gelingen dieser Aktion Erfolg oder Mißerfolg des Regierungsprogramms abhängen.

Das Agrarproblem ist gleichzeitig ein Problem des Großgrundbesitzes und der Zwergbetriebe. Die Einheiten des Großgrundbesitzes sind so groß, daß sie die Fähigkeit der Besitzer zur rationellen Bearbeitung übersteigen, und die Zwergbetriebe sind so klein, daß sie eine rationelle Bewirtschaftung nicht zulassen. Im Laufe der Zeit hat sich ein ländliches Proletariat gebildet, das bei rationeller Bewirtschaftung durchaus als Arbeitskraft notwendig wäre, das aber angesichts der unrationellen Bewirtschaftung als arbeitsloses Proletariat das Land bevölkert und durch

seine starke Neigung zur Abwanderung in die Städte die dortigen Probleme ständig noch zusätzlich vergrößert. Dieses Landproletariat ist der eigentliche Herd der sozialen Instabilität. Es ist seinem Bewußtsein nach bäuerlich. Der Slogan, der auf dem Land wirkt, ist daher: „Das Land dem, der es bearbeitet.“ Die heutige Struktur des Großbesitzes — ganz abgesehen davon, daß sie bei den herrschenden technischen und organisatorischen Voraussetzungen nicht rationell ist — kann keine soziale Stabilität auf dem Lande sichern. Deshalb ist das Ziel der angestrebten Agrarreform, eine breite Schicht von lebensfähigen selbständigen Bauern zu schaffen. Das Programm sieht vor, etwa insgesamt 100 000 neue Siedlerstellen zu schaffen, jährlich also etwa 17 000.

Diese Aufgabe ist nur befriedigend zu lösen, wenn sich diese Landreform nicht einfach auf eine neue Bodenverteilung beschränkt, sondern gleichzeitig ein Programm der sozialen Entwicklung des Bauern enthält, die im ganzen vielleicht noch weiter zurück ist als die Entwicklung des Bewohners der städtischen Elendsviertel.

Eine solche Agrarreform ist sehr risikoreich. Hierfür gibt es in Südamerika außerordentlich negative Erfahrungen. In Bolivien z. B. führte man 1952 nach der Revolution eine Landreform durch, die sich in der mechanischen Neuverteilung des Bodens an die Bauern erschöpfte. Als Folge davon brach die Agrarproduktion völlig zusammen und schrumpfte innerhalb kurzer Zeit auf die Hälfte. Wenn eine Agrarreform Sinn haben soll, muß sie diese Fehler vermeiden. Sie muß gleichzeitig mit der Landverteilung den einzelnen Landwirt befähigen, seine Produktion rationell durchzuführen und einen Markt dafür zu finden. Hierfür sind ein gut funktionierender Vermarktungsapparat und ein landwirtschaftliches Beratungssystem erforderlich. In Chile soll dieser Vermarktungsapparat durch den Ausbau des bestehenden Genossenschaftssystems geschaffen werden. Parallel dazu soll das landwirtschaftliche Erziehungswesen ausgebaut und ein landwirtschaftlicher Beratungsdienst geschaffen werden, ein Programm, das durch staatliche Entwicklungskredite unterstützt werden soll, da diese Entwicklung aus den Mitteln der Landwirtschaft nicht finanziert werden kann.

Grundlage all dieser Reformen wird die Entwicklung des Erziehungswesens sein, das völlig im argen liegt. Die offiziellen Ziffern über den Analphabetismus täuschen darüber hinweg, obwohl sie schwerwiegend genug sind. Danach beträgt der Analphabetismus etwa 20%. Wichtiger als diese Ziffer aber ist die Tatsache, daß das allgemeine Ausbildungsniveau sehr gering ist und es eine übermäßig große Schulflucht gibt. 65% aller Kinder verlassen frühzeitig die Grundschule, häufig schon nach 2 oder 3 Jahren Schulunterricht. 75% verlassen vorzeitig die Oberschule und 40% vorzeitig die Universität. Die Tatsache, daß jemand 2 oder 3 Jahre die Schule besucht hat, genügt schon, um statistisch nicht mehr als Analphabet zu gelten. Eine große Zahl dieser Schüler verlernt jedoch nach kurzer Zeit wieder Lesen und Schreiben. Das

Bildungsniveau bleibt daher sehr niedrig und reicht als Basis für die Ausübung komplizierter Berufe nicht aus.

Hinzu kommt, daß Klassenräume und Lehrer fehlen, die alle Schüler aufnehmen könnten. Es fehlt auch eine ausreichende Lehrerbildung und die Chance ihres sozialen Aufstiegs. Das Ziel des Regierungsprogramms ist daher, eine reale Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht zu erreichen, um damit dem vorgesehenen Ausbau des Berufsschulwesens eine Basis an Allgemeinbildung zu geben.

Ein solches Programm sozialer Reformen verlangt naturgemäß große finanzielle Mittel. Sie sind nur zum Teil aus dem Lande selbst zu bekommen. Zu einem großen Teil rechnet man mit Krediten und Hilfen aus dem Ausland. Diese Hoffnungen sind durchaus real. Die Vereinigten Staaten haben für 1965 bereits eine Wirtschaftshilfe von 125 Mill. \$ zugesagt, und auch in der Bundesrepublik besteht die erklärte Bereitschaft zu finanzieller Hilfe. Aber es ist gleichzeitig nötig, die Finanzquellen des eigenen Landes heranzuziehen.

### DIE STEUERREFORM

Mit Hilfe der Steuerreform sollen die höheren Einkommen stärker belastet und, was wesentlich wichtiger ist, die Steuermoral des Landes verbessert werden. Bisher ist es nur in geringem Maße gelungen, die höheren Einkommen zur Steuerleistung heranzuziehen. Das Steuersystem stützte sich vor allem auf indirekte Steuern, Außenhandelsabgaben und die von Löhnen und Gehältern abgezogenen direkten Steuern. Die direkte Steuer auf Einkommen freier Berufe und Kapitaleinkommen wurde in ganz besonders großem Ausmaß hinterzogen. Ebenfalls waren die Maßnahmen gegen Steuerschuldner schwach, und periodisch mußten Steuerschulden erlassen werden. Einen besonderen Vorteil hatten die Steuerzahler, die auf Grund von Steuererklärungen ihre Steuer aus der Inflation zahlten. Bei Geldentwertungssätzen von etwa 50 % liegt schon ein wesentlicher Steuererlaß darin, erst ein Jahr nach Entstehung des Einkommens zahlen zu müssen.

Dies ist allerdings nur eine Seite der Steuerreform. Ein anderes Moment leitet über zum Ziel der Industrialisierung des Landes. Ein Umbau des Steuersystems soll die Initiativen in Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung wecken. Zwei wichtige Maßnahmen dieser Art sind zu nennen. Einmal die Erhöhung der Einkommensteuer mit niedrigen Sätzen für reinvestierte Einkommen. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, die heute außerordentlich geringe Sparrate der Unternehmer zu erhöhen. Daneben soll eine relativ hohe Vermögensteuer geschaffen werden (progressiv 1,5 bis 3 %). Sie soll die Eigentümer unproduktiv angelegter Vermögen dazu zwingen, diese Vermögen entweder produktiv zu nutzen oder sie auf dem Markt an solche Unternehmer zu verkaufen, die bereit und in der Lage sind, eine produktive Ausnutzung zu sichern.

Beide Maßnahmen — die durch ein System anderer steuerlicher Maßnahmen ergänzt werden — spiegeln die mangelnde Privatinitiative des chilenischen Unternehmers wider, der viel eher dazu neigt, einmal erworbene Einkommenschancen zu nutzen und zu sichern, als an einem Prozeß wirtschaftlicher und technischer Entwicklung teilzunehmen. Er neigt dann dazu, erworbene Reserven nicht in neuen Unternehmungen anzulegen, sondern in unproduktiven Vermögen — vor allem Grundbesitz —, auf deren Ausbeutung er nur im Notfall angewiesen ist.

### DIE AUFGABEN DES PLANUNGSAMTES

Dieser Mangel an Privatinitiative des chilenischen Unternehmertums hatte schon früher zu staatlichen Maßnahmen geführt, die zur Weckung einer solchen Privatinitiative und zur Übernahme von Industrieprojekten in staatliche Initiative führen sollten. Es handelt sich um das 1939 gegründete staatliche Entwicklungsamt (CORFO — Corporación de Fomento)<sup>1)</sup>, dem in dem jetzigen Regierungsprogramm entscheidende Bedeutung zufallen soll.

Das wirtschaftspolitische Programm der Regierung Frei baut im wesentlichen auf den Vorarbeiten dieses Entwicklungsamtes auf. Hier ist daher auch der eigentliche Ansatz für eine Kontinuität zwischen dem Programm der vergangenen Regierung und dem der jetzigen. Frei verdankt zweifellos auf dem rein wirtschaftspolitischen Gebiet der vorangegangenen Administration Alesandri außerordentlich viel. In gewissem Sinne kann man sogar sagen, daß die sozialen Reformen Freis dieses unter Alesandri entworfene und vorbereitete wirtschaftspolitische Programm realisierbar machen sollen. Diese Vorbereitung unter Alesandri bezieht sich einmal auf die Durchführung von Projekten der Infrastruktur, die unter Alesandri eine große Rolle gespielt haben (Ausbau des Straßennetzes, Flughäfen, Elektrifizierung von Eisenbahnen usw.). Es sind damit wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen worden, jetzt zu einer stärkeren relativen Entwicklung von Industriekapazitäten überzugehen.

Neben diesen ausgebauten Projekten der Infrastruktur hinterließ die Regierung Alesandri den von der CORFO ausgearbeiteten 10-Jahres-Plan (1961-1970), der die wesentlichen wirtschaftlichen Ziele auch der Regierung Frei umschreibt. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate des Sozialprodukts soll dadurch auf 5,5 % und die relative Zuwachsrate auf 2,9 % gesteigert werden.

Alle Einzelpläne, die sich aus diesem allgemeinen Ziel ergeben, sind zwei vordringlichen Zielsetzungen unterstellt, der währungspolitischen Stabilisierung und der Lösung des Zahlungsbilanzproblems. Beide hängen außerordentlich eng zusammen.

<sup>1)</sup> Vgl. Werner Tillmann: Ein Vierteljahrhundert CORFO. Wirtschaftsplanung in Chile. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 44. Jg. (1964), S. 303 f.

Die Inflation ist in Chile ein chronisches Ubel. Seit über 70 Jahren ist sie das Symbol mangelnder wirtschaftlicher Stabilität. Während sie aber bis zum Zweiten Weltkrieg mit jährlichen Raten zwischen 10 und 20 % relativ gemäßigt war, schnellte sie nach dem Zweiten Weltkrieg plötzlich in die Höhe und erreichte 1954 80 %. Im Zuge eines danach einsetzenden Stabilisierungsplans sank die Rate dann wieder ab und stieg in den letzten 2 Jahren wieder auf etwa 50 % jährlich.

Es ist klar, daß eine solche Inflation die soziale und wirtschaftliche Stabilität unterminiert, Sparen und rationales Kalkulieren unmöglich und die Spekulation zu einer zentralen wirtschaftlichen Beschäftigung macht. Die Ursachen der Inflation sind vielfältig, die wichtigsten sind sicher der defizitäre Staatshaushalt und das fehlende Gleichgewicht zwischen Unternehmer- und Arbeitgeberseite in der Lohn- und Preispolitik. Da aber rationales Kalkulieren und Rechenhaftigkeit wesentliche Voraussetzungen jeder Industrialisierung sind, ist eine auf der Inflation aufgebaute Wirtschaftsentwicklung in sich zum Scheitern verurteilt. Sie zerstört durch die Inflation ihre eigene Basis, die Rechenhaftigkeit.

Vordringlich für die Regierung ist daher die Herstellung der monetären Stabilität. Man hofft, dieses Ziel innerhalb von 2 bis 3 Jahren erreichen zu können. Dies soll u. a. dadurch geschehen, daß das Gleichgewicht des Staatshaushalts hergestellt wird und die Reallöhne an den Index der Wachstumsrate der Produktion gebunden werden. Außerdem soll versucht werden, durch Intensivierung der Industrieentwicklung das Zahlungsbilanzproblem zu lösen.

In gleicher Richtung soll auch die CORFO arbeiten, die ihre Funktionen allerdings etwas verändern soll. Bisher hatte das Entwicklungsamt zwei große Abteilungen, die Planungsabteilung und die Projektabteilung. Die Planungsabteilung arbeitete Projekte aus, während die Projektabteilung diese Projekte entweder privaten Unternehmern zur eigenverantwortlichen Durchführung unter Beratung und Kredithilfe durch die CORFO übergab oder die Projekte direkt in eigener Regie durchführte, um sie hinterher entweder in Staatshand zu behalten oder an die Privatwirtschaft zu verkaufen. Beispiel für direkt von der CORFO durchgeführte Projekte sind das der CAP (Compañía de Acero del Pacífico) gehörende Stahlwerk Huachipato oder die ENAP (Empresa Nacional de Petróleo). Das Werk Huachipato wurde an die Privatwirtschaft verkauft, während die ENAP in Staatshand blieb und wohl auch bleiben wird.

Nach der vorgesehenen institutionellen Änderung soll die CORFO nur die Projektabteilung behalten, wäh-

rend die Planungsabteilung einem direkt dem Präsidenten unterstellten Planungsbüro übergeben werden soll, das die Aufgabe hat, alle sozialen und wirtschaftlichen Programme der Regierung zu koordinieren.

Für die kommende Regierungsperiode besteht eine Reihe von Plänen für einzelne Industriezweige, die zu einer grundlegenden Lösung des Exportproblems und damit der ständig prekären Zahlungsbilanzsituation führen sollen. Sie beziehen sich vor allem auf die Fischindustrie, die Zellulose- und Papierindustrie, die Zuckerindustrie, die Hüttenindustrie und den Kupfer-, Eisenerz- und Kohlebergbau. Die natürlichen Voraussetzungen auf allen diesen Gebieten sind außerordentlich günstig. Zum Teil sind die vorgesehenen Projekte schon in Angriff genommen worden.

Es handelt sich hierbei allerdings um Entwicklungsanstrengungen, die nur mit Hilfe auswärtiger Kredite möglich sind. Die derzeitige Handelsbilanzsituation ist überaus schlecht. So schätzt man die für 1965 nötigen Gesamtimporte auf 613 Mill. \$, wobei die Handelsbilanz ein Defizit von 76 Mill. \$ haben wird. Unter Berücksichtigung der fälligen Verpflichtungen an Zinsen und Kapitaldiensten ins Ausland würde sich dieses Defizit auf insgesamt 195 Mill. \$ erhöhen. Man erhofft daher von chilenischer Seite einen Aufschub dieser Kreditverpflichtungen bis zum Zeitpunkt nach der Durchführung dieses Plans zur Entwicklung der Exportindustrien und die Gewährung von neuen Krediten, die die Realisierung dieses Plans in möglichst kurzer Zeit sichern sollen.

Das Programm ist konsequent und realistisch. Aber es enthält keinen absoluten Bruch mit der Vergangenheit, sondern wahrt die Kontinuität. Es ist ein Programm, das vielfach dazu geführt hat, den Christdemokraten Linkstendenzen vorzuwerfen. Wenn man das Wort in dem Sinne nimmt, wie es vielfach in Lateinamerika gebraucht wird, hat man damit recht. Denn in Lateinamerika bedeutet „links“ das Eintreten für die Ablösung der alten sterilen Oberschicht und für die Modernisierung des Landes. Versteht man links hingegen in einem ideologischen Sinne, kann davon offensichtlich keine Rede sein. Das Programm hat die Absicht, eine Sozialstruktur zu errichten, wie sie in den entwickelten Ländern Westeuropas heute besteht. Nicht zuletzt hat die Kenntnis der Bundesrepublik, die sich eine Reihe verantwortlicher Politiker Chiles durch Reisen erworben hat, eine Rolle gespielt.

Das Regierungsprogramm der Regierung Frei hat Chile zu einem lateinamerikanischen Modellfall gemacht. Sollte es mißlingen, müßte dies zu einer Neuorientierung aller in lateinamerikanischen Ländern angewendeten Entwicklungsmodelle führen.